

NIEDERSCHRIFT

über die öffentliche Sitzung
des Gemeinderates vom 22.02.2021

Sitzungsbeginn: 18:00 Uhr

Sitzungsende: 20:28 Uhr

Anwesend:

Vorsitzende/r

Kirchner, Jürgen

Stimmberechtigtes Mitglied

Brauch, Michael

Braun, German

Drissler, Marlies

Ehret, Elke

Embach, Thomas

Ewald, Jürgen

Urkundsperson

Fink, Manuel

Follo, Antonio

Hertinger, Ernst

Urkundsperson

Keller, Tanja

Klefenz, Denis

Lembke-Blümmel, Dietlind

Löffel, Antje

Metz, Christian

ab 18:10 Uhr anwesend // TOP 1

Pöstges, Daniel

Rheinfrank, Thorsten

Sanchez, Hiltrud

Schild, Martin

Schulz-Bauerhin, Dirk

Schwöbel, Herbert

Wiegand, Andreas

Mitglied der Verwaltung

Koch, Klaus

Pohl, Thomas

Rößling, Bertram

Schork, Tobias

Ehret, Klaus

Schriftführer/in

Fettel, Mara

Abwesend:

Molitor, Natalie

Die Sitzung wird vom Vorsitzenden mit der Feststellung eröffnet, dass ordnungsgemäß eingeladen wurde. Der Bürgermeister stellt die Beschlussfähigkeit fest.

TAGESORDNUNG:

- 1) Bauleitplanung Hemsbach, Bebauungsplan Nr. 69 "Berlingweg/B3" 2021 005
- 2) Überplanung Minera Gelände 2021 006
- 3) Beschlussfassung der Haushaltsatzung mit -plan für das Haushaltsjahr 2021 und des Wirtschaftsplanes des Wasserversorgungsbetriebes für das Wirtschaftsjahr 2021 2021 007
- 4) Anschlussunterbringung von Flüchtlingen im Jahr 2021 Zuweisungsbescheid des Rhein-Neckar-Kreises gem. § 18 Flüchtlingsaufnahmegesetz 2021 008
- 5) Bekanntgaben, Anfragen und Anregungen

TOP 1)	Bauleitplanung Hemsbach, Bebauungsplan Nr. 69 "Berlingweg/B3"	2021 005
---------------	--	-----------------

StR Rheinfrank verlässt aufgrund Befangenheit nach § 18 GemO den Ratstisch und nimmt im Zuhörerbereich Platz.

Bürgermeister Kirchner heißt Herrn Eichler vom Planungsbüro Eichler + Schauss willkommen und gibt das Wort direkt weiter.

StR Metz nimmt ab 18:10 Uhr an der öffentlichen Sitzung teil.

Herr Eichler erläutert die Sitzungsvorlage und erklärt die verschiedenen Alternativen der Bebauung anhand einer Präsentation.

StR Schulz-Bauerhin spricht im Namen der CDU und erklärt, dass die Alternativen 1 und 2 favorisiert werden, da sich diese nicht allzu flächenintensiv darstellen. Auf dem Areal können Wünsche eines Eigenheims mit Garten realisiert werden. Die Abstimmung erfolgt uneinheitlich.

StR Embach sowie die Mitglieder seiner Fraktion tendieren zu Alternative 2. Die Interessen des Investors sind für ihn nachvollziehbar, jedoch müsse auf die Wirtschaftlichkeit und nicht nur auf „den Geldbeutel“ des Investors geachtet werden.

StR Hertinger merkt an, dass Alternative 3, aufgrund der massiven Bebauung, keine Option darstellt. Die Umsetzung würde den Charakter des Grünen Wasen und den fortlaufenden Bereich der Landstraße stören. Schwerpunktmäßig entscheiden sich die Freien Wähler für Alternative 2.

StR Ewald äußert sich im Namen der SPD. Diese ist der Auffassung, dass die Alternative 1 sowohl den Interessen des Bauherrn, als auch denen der Stadt gerecht wird. Zu dieser Variante fügt er an, dass das südöstliche Einzelhaus auch als Doppelhaus eine Zustimmung der Fraktion erhalten würde. StR Ewald betont abschließend, dass die Verlängerung des Grünen Wasen bis zum Berlingweg gewünscht wird, sodass eine Erschließung der Gebäude über diese Straße erfolgt.

StR Metz möchte in seiner Entscheidung sowohl die Interessen des Investors als auch die der Stadt berücksichtigen und fragt, in wie weit sich der Eigentümer gegenüber der Stadtverwaltung gesprächs- sowie kompromissbereit zeigte.

Bürgermeister Kirchner antwortet, dass bereits mehrere Gespräche geführt wurden, allerdings ein Interessenswiderspruch besteht. Ausschlaggebend ist jedoch, dass der Gemeinderat über die Grundlage einer möglichen Bebauung entscheidet.

Herr Eichler merkt an, dass sich Alternative 2 aus städtebaulicher Sicht empfiehlt. Diese stellt eine Fortführung der bestehenden Bebauung dar und wäre in sich konsequent. Im Entwurf Nr. 1 wurden bereits Kompromisse eingegangen und Interessen des Bauherrn berücksichtigt.

StR Klefenz möchte mit Blick auf die Bedürfnisse der Bürger/innen planen und nicht allein die Interessen der Stadt und des Investors berücksichtigen. Sollte sich der Eigentümer nach Beschlussfassung entschließen, überhaupt nicht zu bauen, sieht er das Gremium in einigen Jahren erneut beraten. Daher stellt sich für ihn die Frage, ob nicht doch noch einmal mit dem Investor Kontakt aufgenommen und das Gespräch gesucht werden sollte.

Herr Eichler teilt die Aussage von StR Klefenz nicht. Gespräche wurden geführt, Kompromisse wurden eingegangen und dennoch kam bisher keine vernünftige Einigung zustande. Nun steht der Gemeinderat in der Verantwortung, für die Zukunft der Stadt und dessen Bürger/innen zu entscheiden.

StR Ewald gibt nach den verschiedenen Äußerungen und Erläuterungen bekannt, dass sich die SPD umentschieden hat und Alternative 2 folgen wird.

Nach Beschlussfassung kehrt StR Rheinfrank an den Ratstisch zurück.

Beschluss:

1. Der Gemeinderat berät und beschließt, welche der Alternativen 1 – 3 Grundlage des Entwurfs für den Bebauungsplan 69 „Berlingweg/B3“ wird.
 - a) Alternative 1 ist Grundlage für den Entwurf
 - b) Alternative 2 ist Grundlage für den Entwurf
 - c) Alternative 3 ist Grundlage für den Entwurf
2. Der Gemeinderat berät und beschließt, ob im Bebauungsplan ein Weg als Fortsetzung des Grünen Wasen bis zur Einmündung des Berlingwegs vorgesehen wird.

Abstimmungsergebnis zu 1a):

Mehrheitliche Zustimmung

Ja:	12	
Nein:	8	Embach, Lembke-Blümmel, Ewald, Brauch, Schulz-Bauerhin, Hertinger, Pöstges, Keller
Enthaltungen:	1	Klefenz

Abstimmungsergebnis zu 1b):

Mehrheitliche Zustimmung

Ja:	10	
Nein:	7	Follo, Ehret, Drissler, Sanchez, Löffel, Braun, Fink
Enthaltungen:	4	Metz, Klefenz, Schild, Wiegand

Abstimmungsergebnis zu 1c):

Einstimmige Ablehnung

Ja:	0	
Nein:	21	Follo, Ehret, Drissler, Embach, Lembke-Blümmel, Schwöbel, Metz, Sanchez, Löffel, Ewald, Braun, Brauch, Wiegand, Schulz-Bauerhin, Klefenz, Schild, Fink, Hertinger, Pöstges, Keller, Kirchner
Enthaltungen:	0	

Abstimmungsergebnis zu 2:

Mehrheitliche Zustimmung

Ja: 20
 Nein: 0
 Enthaltungen: 1 Klefenz

TOP 2)	Überplanung Minera Gelände	2021 006
---------------	-----------------------------------	-----------------

Herr Rößling erläutert die Sitzungsvorlage. Von Seiten der Verwaltung wird vorgeschlagen, die Änderung des Bebauungsplans auf Grundlage der vorgelegten Planungen nicht vorzunehmen.

StR Embach verlässt um 19:05 Uhr den Ratstisch und kehrt um 19:08 Uhr an diesen zurück.

StR Pöstges teilt mit, dass die Fraktion der Freien Wähler uneinheitlich abstimmen wird. Er selbst ist der Meinung, dass die Firma FS Projekte den Wünschen des Gemeinderates entgegengekommen ist und nunmehr „grünes Licht“ für die Bebauung gegeben werden sollte. Zum Thema Lärmschutz sieht er eine vertragliche Klausel vor, welche eine Verpflichtung des Investors vorsieht, den Lärmschutz herzustellen und die Stadt, bei nachträglich eintretenden Beschwerden durch verschiedene Lärmfaktoren, aus der Verantwortung zu ziehen. StR Pöstges hätte sich von Seiten des Bauamtes gewünscht, den Gemeinderat auf die zu massive Bebauung hinzuweisen. Die Kosten des Städteplaners, Herrn Eichler, hätten bei diesem Vorhaben somit eingespart werden können.

StRin Drissler kann den Äußerungen ihres Vorredners nicht folgen. Ihrer Auffassung nach wurden nur wenige Verbesserungsvorschläge des Gemeinderates in den neuen Entwurf einbezogen. Pro Hemsbach verschließt sich nicht vor einer neuen Nutzung des Areals. Der vorliegende Bebauungsentwurf ist allerdings immer noch viel zu massiv. Sie schlägt vor, Herrn Schmitt von FS Projekte noch einmal in eine Sitzung einzuladen, um gemeinsam über den Entwurf zu sprechen.

Bürgermeister Kirchner betont, dass ausreichend Gespräche geführt wurden. Diese hatten nur mäßigen bis gar keinen Erfolg. Auch die jeweiligen Stellungnahmen der Fraktionen liegen dem Investor vor. Die Verwaltung erhielt die Auskunft, dass ein weiteres Entgegenkommen aus wirtschaftlichen Gründen und Interessen des Investors nicht mehr möglich sei. Dementsprechend ist die weitere Kompromissbereitschaft von Herrn Schmitt sehr gering.

StR Fink ist ebenfalls der Meinung, dass das geplante Gebäude schlichtweg zu massiv ist. Die Wünsche aus den Reihen des Gremiums wurden nicht angenommen. Auch kann StR Fink kein Entgegenkommen des Investors erkennen. Ihn selbst stört der beabsichtigte Kindergarten ohne Außenbereich sehr. Seiner Meinung nach ist ein freies Gelände für Kinder zwingend notwendig. StR Fink kann aus dem Entwurf lediglich den reinen Profitgedanken erkennen. Des Weiteren stellt die gedachte Wohnbebauung eine akute Gefahr für die alla hopp-Anlage dar. Da die Anlage viel Lärm verursacht, sind Beschwerden der Bewohner vorprogrammiert. Er selbst ist nicht bereit, die Freizeitanlage aufs Spiel zu setzen. Den Planungen der FS Projekte werde er nicht zustimmen. Seiner Auffassung nach sind die Möglichkeiten der Bebauung so groß, dass das Grundstück mit einem Bezug zur Freizeitanlage entwickelt und hierdurch Synergien hergestellt werden sollten.

StRin Lembke-Blümmel spricht im Namen der Grün-Bunten-Liste und schließt sich der CDU sowie Pro Hemsbach an. Die Entwurfsplanung ist der gegenwärtigen Bebauung nicht angepasst und in vorliegender Fassung nicht akzeptabel.

StRin Löffel war sich mit ihren Fraktionskollegen ebenfalls schnell darüber einig, dass die Bebauung zu massiv geplant wurde. Ärgerlich ist, dass nicht auf den Gemeinderat und dessen Einwände zur vorherigen Planung eingegangen wurde. Sie schlägt vor, die Vorstellungen der Stadt für dieses Areal festzulegen und niederzuschreiben.

Herr Rößling merkt an, dass sich das Gelände im Privatbesitz befindet. Ebenso liegt dem Gemeinderat eine exakte Bebauungsvorgabe des Eigentümers vor. Eine fiktive Planung von Seiten der Stadtverwaltung ist nicht zielführend.

StR Brauch verlässt um 19:21 Uhr den Ratstisch und kehrt um 19:23 Uhr an diesen zurück.

StRin Drissler stimmt dem Vorschlag von StRin Löffel zu und empfiehlt, folgenden Satz aus der Sitzungsvorlage in den Beschluss mit aufzunehmen: „Für weitere Planungsschritte sollte im Vorfeld in Abstimmung mit der Verwaltung ein Konzept erarbeitet werden, das keine so umfangreiche Bebauung notwendig macht und die städtebaulichen Vorstellungen der Stadt berücksichtigt.“

StR Ewald unterstützt ebenfalls das Anliegen. Seiner Meinung nach ist eine allgemeine Richtlinie notwendig. Gewisse Eckdaten, wie die Baudichte und Gebäudehöhe, müssten durch die Stadt festgelegt werden. Die Investoren können sich somit an den Vorgaben orientieren und entsprechend planen.

Herr Rößling ist anderer Meinung. Es sei nicht zielführend, ein Grundstück zu überplanen, wenn keine konkrete Planungsabsicht zugrunde gelegt werden kann. Sollte der Gemeinderat allerdings eine Überplanung wünschen, wird die Verwaltung dies ermöglichen.

Bürgermeister Kirchner schließt sich Herrn Rößling an. In etlichen Gesprächen wurden dem Investor die Vorstellungen der Stadt erläutert und die massive Bebauung angezweifelt. Auch ist die Verwaltung von Anfang an positiv in die Verhandlungen eingestiegen und etwaigen Planungen offen gegenübergetreten. Von Seiten des Investors wird kein weiteres Entgegenkommen erfolgen, sodass der vorliegende Entwurf gefestigt ist.

StR Embach erinnert daran, dass die Ortsansicht bereits mehrfach besprochen wurde und sich der Rat über die „Basis“ einig war. Ziel dieser Bebauung sollte sein, das Ortsbild und die Einfahrt nach Hemsbach zu prägen. Dies jedoch nicht durch ein 5-stöckiges Hochhaus, sondern durch ein der Umgebung angepasstes Areal.

Beschluss:

Der Antrag der Firma FS Projekte auf Änderung des Bebauungsplans „Nördlich der Hüttenfelder Straße“ auf Grundlage der vorgelegten Planung wird abgelehnt.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitliche Zustimmung

Ja:	16	
Nein:	3	Klefenz, Wiegand, Pöstges
Enthaltungen:	3	Sanchez, Brauch, Rheinfrank

TOP 3)	Beschlussfassung der Haushaltsatzung mit -plan für das Haushaltsjahr 2021 und des Wirtschaftsplanes des Wasserversorgungsbetriebes für das Wirtschaftsjahr 2021	2021 007
--------	--	----------

Herr Koch erläutert die Sitzungsvorlage.

StRin Keller verlässt um 19:31 Uhr den Ratstisch und kehrt um 19:34 Uhr an diesen zurück.

Bürgermeister Kirchner weist auf die in der Ältestenratssitzung festgelegte Redezeit je Fraktion von fünf Minuten hin und gibt daraufhin seine Stellungnahme ab:

„Ein Jahr Corona, ein Jahr Ungewissheit in allen Lebensbereichen. Viele Einschränkungen bis hin zur Ausgangssperre mussten wir in diesen 12 Monaten hinnehmen, bis dahin in unserem Land undenkbar. Undenkbar und nicht einzuschätzen ist auch, welche Folgen Corona für unser Land, unsere Stadt, für jeden einzelnen von uns haben wird? Wie wirkt sich Corona in unserer Gesellschaft jetzt schon aus und: Wie wirkt Corona nach?

Viele Fragen, die wir uns alle stellen, die aber wir, die in einer politischen Verantwortung stehen, uns ganz besonders und besonders bei den Finanzen stellen müssen. Wie wirkt Corona hier nach? Welchen finanziellen Spielraum haben wir in den nächsten Jahren? Konnten wir 2020 noch sagen, dass wir aufgrund der Unterstützung von Bund und Land noch mit einem blauen Auge davongekommen sind, schauen wir auf 2021 doch deutlich skeptischer. Wieviel Lockdown kann sich unser Land noch leisten?

Sicher ist, dass wir mit weniger Erträgen kalkulieren müssen. Schon jetzt haben Corona-bedingte sinkende Zuweisungen und Steuereinnahmen zu einem Defizit in unserem Haushalt geführt. Sicher ist, dass vieles, was wünschenswert wäre, wünschenswert bleiben wird. Sicher ist, dass auch einiges, was heute schon unumgänglich scheint, weiter verschoben werden muss.

Der aktuelle Haushalt ist, wie der letztjährige auch, geprägt von der Entscheidung, die Hebelschule neu zu bauen und dafür entsprechende Kredite aufzunehmen. Eine Entscheidung für künftige Generationen und für die Bildung unserer Kinder.

Diese Entscheidung bedeutet aber auch - und das war uns allen bewusst - dass wir in vielen anderen Bereichen in den nächsten Jahren den Gürtel enger schnallen müssen. So manche Entscheidung wird in Zukunft unter dem Aspekt der weiteren Handlungsfähigkeit getroffen werden müssen. Aber hier sehe ich uns nicht allein in der Verantwortung.

Wenn die Kommunen auch in Zukunft handlungsfähig bleiben sollen, wenn die Kommunen, wie nach der letzten Wirtschaftskrise wieder als Konjunkturmotor fungieren sollen, dann brauchen sie auch in Zukunft verlässliche Finanzhilfen von Bund und Land. Vielleicht würde es schon helfen die hohen Standards, die die Kommunen in fast allen Bereichen zu erfüllen haben und deren Sinn sich nicht immer erschließt, zu überdenken. So manches Vorhaben wäre nicht nur schneller, sondern auch deutlich kostengünstiger zu realisieren.

Der Haushalt 2021 hat sich am Notwendigen orientiert, ohne jedoch die Lebensqualität in unserer Stadt außer Acht zu lassen. Ein Spagat, der in den Haushaltsberatungen allen nicht leichtgefallen ist, weder der Verwaltung noch dem Gemeinderat. Ein Spagat, der nur zu schaffen ist, wenn alle zusammenstehen, zum Wohle der Menschen, die in unserer Stadt leben.“

Bürgermeister Kirchner gibt anschließend jeder Fraktion die Möglichkeit, ihre Haushaltsreden vorzutragen.

Die Haushaltsreden werden im vollen Umfang in die Niederschrift mit aufgenommen.

StR Klefenz verliest die Haushaltsrede der CDU:

„Es ist heute meine erste Haushaltsrede, die ich im Namen der CDU Fraktion vortragen werde. Eines möchte ich vorwegnehmen: Ich werde mich an die zeitliche Begrenzung der Redezeit NICHT halten. Die Redezeit hat keinen Einfluss auf das Infektionsgeschehen. Bereits im letzten Jahr wurde unter dem Deckmantel der Pandemie eine Haushaltsdebatte im Keim erstickt. Und auch in diesem Jahr wird versucht die dringend notwendige Debatte über die städtischen Finanzen zu unterbinden.

Demokratie bedeutet unangenehme Diskussionen zu führen und den vielfältigen Meinungen dieses Gremiums Raum zu geben. Sehr geehrter Herr Bürgermeister, werte Kolleginnen und Kollegen, heute entscheiden wir nicht nur über ein reines Zahlenwerk. Wir entscheiden über die Zukunft unserer Stadt und das Funktionieren unseres Gemeinwesens.

Als Lenkungsorgan unserer Stadt ist es unsere Aufgabe, Ziele zu definieren und die Richtung vorzugeben und dabei die Bereiche Ökonomie, Soziales und Ökologie im Gleichgewicht zu halten.

Ökonomie, Soziales und Ökologie sind eng miteinander verbunden, denn ein Ungleichgewicht in nur einem dieser Bereiche hat erhebliche Auswirkungen auf die anderen Beiden. Ein Beispiel hierfür ist die ökonomische Fehlplanung beim Bau der Hebelschule.

Hierdurch werden wir gezwungen, Wohnraum am Wiesensee nicht unter sozialen Gesichtspunkten zu vergeben, sondern vielmehr in der Art eines Hedgefondsmanagers mit Blick für maximalen ökonomischen Profit. Das Grundprinzip, einen Ausgleich von ordentlichen Erträgen und Aufwendungen, verfehlen wir mit dem Haushaltsplan 2021. Es gelingt uns nur bedingt unsere Komfortzone zu verlassen und vorrausschauende, aber auch harte Entscheidungen über wünschenswerte und notwendige Dinge zu treffen.

Meine Damen, meiner Herren, der Haushalt 2021 ist auf Kante genäht, am Rande der Genehmigungsfähigkeit. Das Schreiben des RP wird sicher nicht nur nette Hinweise enthalten, sondern wiederholt vor den perspektivischen Folgen warnen.

Um den üblichen Ausreden zuvor zu kommen: Die aktuelle Haushaltslage ist keine Folge der Pandemie oder der Doppik, sondern das Ergebnis der Entscheidungen des Gemeinderates in der Vergangenheit.

Zu den Fakten: Der Haushaltsplan schließt einem negativen Ergebnis von knapp 1 Mio. € Der Schuldenstand entwickelt sich wie folgt seit 2019: Von 6 Mio. Euro auf 19.4 Millionen Euro. Dies führt zu einer Pro-Kopf-Verschuldung zum 31.12.2021 von € 1628,-. (z. vgl. Weinheim knapp 700 EUR). Mit Aussicht auf das Jahr 2022-2024 wird mit steigenden Steuereinnahmen von jährlich knapp eine halbe Million gerechnet. Es ist zu befürchten, dass diese Ansätze zu optimistisch kalkuliert sind und schon im Jahr 2022 der Zahlungsmittelüberschuss im Finanzhaushalt negativ ist und wir unseren bereits heute beschlossenen Verpflichtungen nicht mehr erfüllen können.

Die Haupteinnahmequelle der Stadt besteht aus Anteilen an der Einkommenssteuer und den Zuweisungen sowie Ausgleichszahlungen des Landes.

Die Einnahmen aus den Verkäufen Seeweg dürfen nach Doppik-Gesichtspunkten nicht berücksichtigt werden. Die Erfahrungen für das Jahr 2020 hinsichtlich des anderen Grundstücks haben bestätigt, dass das Vorsichtsprinzip seine Rechtfertigung hat. Unsichere Einnahmen dürfen nicht berücksichtigt werden.

Sie sehen, Optimierungspotenziale sind auf der Einnahmenseite begrenzt. Dies hat zur Folge, dass wir die Ausgaben detailliert betrachten müssen.

Die Personalaufwendungen erreichen mit 6,7 Mio. Euro einen neuen Höchststand. Dies ist unter anderem auf Erhöhungen durch die neuen Tarifabschlüsse zurückzuführen und die vielfältigen Aufgaben in den Bildungs- und Betreuungseinrichtungen.

Bislang wurde es aber verpasst mithilfe der Digitalisierung die Kostensteigerung im Personalwesen perspektivisch zu mildern. Bestes Beispiel ist hier unser Gremium: bereits seit Jahren wurde das Projekt digitales Ratssystem in der Stadtverwaltung ausgearbeitet und aus unbekanntem Gründen bisher NICHT umgesetzt. Die Folge der zu langsamen Umsetzung der Digitalisierung hat die aktuelle Krise schonungslos offenbart. Digitalisierung bedeutet moderne Prozesse auch umzusetzen und zu implementieren und nicht nur medienwirksam darüber zu philosophieren. Zudem stellt sich die Frage, weshalb das

Instrument der Kurzarbeit bei den Angestellten im ÖD nicht genutzt wird um in der aktuellen Phase zumindest für eine temporäre finanzielle Entlastung zu sorgen. Ein Blick über den Tellerrand: Weinheim hat zurzeit 25% seines Personals in Kurzarbeit überführt.

Ein weiterer signifikanter Kostenpunkt des Haushaltes 2021 sind die Abschreibungen von immerhin 2 Mio. Euro pro Jahr. Diese tragen zur Verschärfung unserer angespannten Haushaltslage bei und beschränken unsere finanziellen Mittel in der Zukunft erheblich.

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, werte Kolleginnen und Kollegen, ohne höhere Erträge werden wir Verzicht üben müssen. Es verbleibt also die Feststellung, dass wir uns endlich der Aufgabe stellen müssen, welche Leistungen wir unseren Bürgern anbieten müssen und auf welche verzichtet werden kann.

Natürlich möchten wir als CDU-Fraktion, dass sich unsere Bürger in unserer Stadt wohlfühlen. Aber auch, dass Sie sich unsere Stadt leisten können. Die Entwicklung auf dem Haus- und Wohnungsmarkt ist unserer Stadt ist bedenklich. Aus diesem Grund sehen wir die aktuellen Stadtentwicklungsprojekte als Chance um den aktuellen Mangel an Wohnraum in unserer Stadt zu bewältigen. Auch wenn als Folge der dann wachsenden Einwohnerzahl Investitionen in die Infrastruktur notwendig machen.

Deshalb sind wir bereit, weiterhin Bus und Bahn sowie technologisch fortschrittliche Mobilitätskonzepte, wie die E-Mobilität, zu fördern. Natürlich auch unter der Berücksichtigung von sozialen und ökonomischen Faktoren.

Im Namen der CDU Fraktion danke ich allen ehrenamtlich tätigen Bürgerinnen und Bürgern, Vereinen und Vereinigungen, die Ihre eigenen persönlichen Belange zurückstellen um in vielfältiger Art und Weise sich für das Allgemeinwohl einzusetzen.

Zum Abschluss noch eine persönliche Anmerkung aufgrund der Ereignisse der letzten GMR-Sitzung: Nein, wir können nicht immer der gleichen Meinung sein. Zur Demokratie gehört es inhaltlich kontroverse Debatten und Diskussionen zu führen. Eine Grundregel sollte dabei aber beachtet werden: „Die politische Auseinandersetzung hört dort auf, wo die Persönlichkeit des Anderen beginnt“ Sehr geehrter Herr Bürgermeister, werte Kolleginnen und Kollegen, Es gibt viel zu tun und wir stehen vor großen Herausforderungen. Unsere Fraktion wird weiterhin mit aller Kraft daran mitwirken mit Ihnen allen und gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern Hemsbach positiv zu gestalten.

Die CDU-Fraktion stimmt uneinheitlich“

StR Hertinger stellt im Namen der Freien Wähler die Haushaltsrede vor:

„als wir die Haushalte 2019 und 2020 beraten und beschlossen haben, zogen schon dunkle Wolken am Finanzhimmel auf. Damals rechnete man mit einem Gewitter oder einem längeren Tief, aber dass 2020 ein Orkan durch die Welt wütete mit Auswirkungen weit in die Zukunft – damit hatte wohl niemand gerechnet.

Bei dem Haushaltsbeschluss 2020 waren angesichts der zu erwartenden wirtschaftlichen Folgen der Corona-Krise alle Prognosen aktuell Schall und Rauch und reine Spekulation. Wäre der Haushalt nicht beschlossen worden, hätte unter anderem der Verlust von Ausgleichszahlungen aus dem kommunalen Ausgleichsstock für den Investitionsschwerpunkt "Neubau der Hebelschule" angestanden.

Mit Einführung der Doppik erwarten wir eine höhere Transparenz des politischen Handelns als bei der Kameratechnik, die nur Einnahmen und Ausgaben berücksichtigt. Natürlich bildet die Drei-Komponenten-Rechnung mit Vermögensrechnung, Ergebnisrechnung und Finanzrechnung die tatsächliche Lage exakter und mithin besser ab.

Die Abschreibungen machen in Summe etwa 2 Millionen € aus und fressen das Plus komplett auf, das die Verwaltung in ihrem laufenden Geschäft macht. Der Finanzhaushalt, der die konkret in diesem Jahr geplanten Aus- und Einzahlungen enthält, ist geprägt von einer hohen Neuverschuldung. Für 5,4 Millionen € wollen wir in diesem Jahr Darlehen aufnehmen, um die ambitionierten Investitionen zu finanzieren. Die Aussichten sind düster: Für die kommenden drei Jahre droht die Bilanz des Ergebnishaushalts ins Minus zu rutschen, nämlich von einer viertel Million bis zu einer halben Million 2024 – und das bereits auf einer Basis von Erwartungen vor der Corona-Krise.

Im Kreishaushalt wurde deshalb zur Entlastung der Kommunen eine Senkung des Hebesatzes um 1,75 % Punkte auf 25 % beschlossen. Das Aufkommen der Kreisumlage wird daher geringer ausfallen. Damit signalisiert der Kreis den Kommunen, dass der Kreis trotz eigener Aufwendungen – vor allem im sozialen Bereich – seiner gesamtwirtschaftlichen Verantwortung bewusst ist und die voraussichtlichen schwierigen wirtschaftlichen Verhältnisse der Kommunen bei seiner Planung berücksichtigt.

Wohl kaum hätten wir uns vorstellen können, dass Homeoffice und Homeschooling der Alltag sein würden, dass weder gesellschaftliche noch kulturelle Veranstaltungen stattfinden, Begegnungen mit Familie und Freunden nur unter Wahrung von Abstand möglich sein würden. Wie sehr wir als soziale Wesen auf menschliche Begegnungen, auf gemeinsame Erlebnisse angewiesen sind, ist uns in den letzten Monaten schmerzlich bewusstgeworden. Auch am vergangenen Wochenende hier in Hemsbach.

Die Entwicklung der Steuereinnahmen der öffentlichen Hand in absoluten Zahlen bleibt hingegen für die nächsten Jahre deutlich hinter den Erwartungen zurück. Die Steuereinnahmen unserer baden-württembergischen Kommunen gehen nach der Novembersteuerschätzung für die Jahre 2020 bis 2024 gegenüber der „Vor-Corona-Perspektive“ vom Oktober 2019 um mehr als 9 Milliarden zurück.

Ohne weitere Stabilisierungsmaßnahmen ist die Handlungsfähigkeit von Hemsbach in den kommenden Jahren erheblich eingeschränkt. Denn nur auf diesem Wege kann auch die kommunale Investitionstätigkeit stabilisiert werden, die es dringend braucht, um tatsächlich der Volkswirtschaft wieder zu den prognostizierten Wachstumsraten zu verhelfen. Mittelfristig muss im Gemeinderat darüber entschieden werden, welche Leistungen und Standards nicht mehr oder zumindest nicht mehr uneingeschränkt fortgeführt werden können. "Weniger Staat – mehr Eigenverantwortung" gilt als Garant für die Daseinsvorsorge und Stütze für vielfältige Einrichtungen in der Krise.

Die Begrenzung der Schulden in der bisherigen Form stammt aus einer Zeit, in der die Handlungsfähigkeit durch hohe Zinsen eingeschränkt gewesen war. Aus Angst, zukünftige Generationen mit Schulden zu belasten, werden Investitionen in den Kapitalstock, der diesen Generationen vererbt werden, nicht getätigt. Wir waren immer bemüht, Schulden zurück zu führen. Aus ähnlicher Angst, Leistungen in der Zukunft nicht mehr finanzieren zu können, wird in der Gegenwart gekürzt.

Die Digitalisierung stellt eine zentrale strukturelle Herausforderung für die Bildung junger Menschen am Bildungsstandort Hemsbach und die kommunale Selbstverwaltung im Umgang mit den Einwohnern dar. Neben Konzepten der Schulträger und der Verwaltung ist auch zu belegen, wie Betrieb und Wartung von IT-Technik sichergestellt werden. Denn Wartung und Reparatur sind aus der Finanzierung des Bundes im DigitalPakt ausgeschlossen. Nach Meinung des Städtetages sollten hier Fachfirmen zum Zuge kommen. Denkbar sind auch Lösungen, bei denen Spezialisten aus der öffentlichen Verwaltung die Wartung der Geräte und den IT-Support übernehmen.

Demokratie in echtem Sinne setzt einmal eine freiheitliche Gesellschaft, zum anderen eine funktionsfähige kommunale Selbstverwaltung voraus. Die Aufrechterhaltung dieser „kommunalen Selbstverwaltung“ ist eine Kernaufgabe unserer kommunalpolitischen Arbeit. Die Selbstverwaltung ist dann leistungsfähig, wenn es den Kommunalpolitiker /innen gelingt, Tatsachen und Probleme frühzeitig zu erkennen, notwendige Maßnahmen vorzubereiten und in einer demokratischen Entscheidungsfindung einzuordnen. Da nicht jede/r Bürger/in in der Lage ist, aktiv an der kommunalen Selbstverwaltung mitzuarbeiten, ist es die Aufgabe der Freien Wähler „die Verantwortungsfähigen verantwortungsbereit und die Verantwortungsbereiten verantwortungsfähig“ zu machen.

Die Haushaltsberatung vom 08.02.2021 hatte deshalb aus unserer Sicht das Augenmerk auf die Einsparung von Ausgabepotentialen zu legen. Die Flut der eingegangenen Anträge haben den Haushaltsplan für das Jahre 2021 noch einmal beeinflusst und zu einem Konsens geführt, dem der Großteil des Gremiums hier zustimmen kann. Wie schon gesagt: es geht um den Haushalt 2021. Wie die künftigen Haushalte aussehen ist zum einen davon abhängig, wie die Eingangsbilanz zum doppelhaushalt der Stadt Hemsbach ausfällt

und zum anderen, wie sich das gesamte wirtschaftliche, soziale und kulturelle Geschehen weiterentwickelt.

Wir sollen und müssen dafür sorgen, dass unter den Voraussetzungen die, die Pandemie mit all ihren noch nicht vorhersehbaren Folgeerscheinungen, zum einen die Verwaltung weiterhin handlungsfähig bleiben kann und die gemeinsam gewünschten und vereinbarten Ziele nach Möglichkeit erreicht werden.

Der überwiegende Teil der Einnahmen und Ausgaben ist zu ca. 95 % dem laufenden Betrieb unserer Stadt geschuldet und erforderlich, um der Verpflichtung "Daseinsvorsorge" Rechnung zu tragen. Die restlichen Mittel sollen als Investitionsmittel prioritätsorientiert dafür sorgen, dass auch zukunftsweisend Sanierungsstaus sukzessive abgebaut werden. In diesem Geiste wurden die verfügbaren Mittel als nicht ausreichend beziffert, was letztendlich zu Kreditaufnahmen im Umfang von ca. 5,5 Mio. € führte.

Immerhin hat das finanzielle Merkmal der "bedürftigen Kommune" um Vergleich der über tausend Kommunen in unserem Bundesland dazu geführt, dass die Zuweisungen für den Neubau der Hebelschule aus dem Ausgleichsstock mit 2,13 Mio. €, der Sporthalle Hebelschule aus der Sportstättenförderung mit 270 t € und der Schulbauförderung Hebelschule mit 620 t € etwas über 3 Mio. € in den Haushaltsentwurf gespült hat, der die Kreditaufnahme um diesen Betrag vermindert. Das weitere große Projekt "Hans-Michel-Halle", bei dem Handlungsbedarf besteht, ist entscheidend davon abhängig, wie hoch die Bezuschussung aus Berlin ausfällt. In dem Sonderprogramm ist eine Kostenübernahme von 90 % in Aussicht gestellt, was immerhin noch eine kommunale Beteiligung von überschlägig ca. 600 – 800 t € erfordert. Dies sollte im Falle des Zuschlages ermöglicht werden, was aber dem künftigen Haushalt geschuldet werden muss. Die Sanierung "Goetheschule" stellt weitere Anforderungen in Millionenhöhe dar; der Eindruck, dass die Goetheschule keine Beachtung und oder Wertschätzung erfährt, mag oberflächlich erscheinen. Mit Blick auf die Priorisierung steht für uns Freie Wähler die Fertigstellung und Inbetriebnahme der Hebelschule für das Schuljahr 2022/2023 an oberster Stelle und muss zügig ohne weitere Verzögerungen oder Behinderungen zu Ende gebracht werden.

Dabei sitzt uns das nächste Großprojekt "neues BIZ" bereits im Nacken, um das es im letzten Jahr doch sehr ruhig geworden ist. Ohne überproportionale Finanzmittelzusagen aus den verschiedensten Bereichen Kultus-, Sozial- und Finanzministerium ist eine solche Realisierung doch in weite Ferne gerückt. Trotzdem besteht höchster Handlungsbedarf, wollen wir nicht die Möglichkeit in Hemsbach, Laudenbach und Weinheim-Sulzbach zu den verschiedenen Schulabschlüssen bis zum Abitur verlieren, dies ist nicht nur ein wünschenswertes Schulmodell, sondern auch existenzbedrohend für unseren Schulstandort und die Stadt Hemsbach.

Der Bereich Wohnungsbau bedeutet für alle Mitglieder - oder heißt es jetzt politisch korrekt Mitgliederinnen - des Gemeinderates die große Herausforderung: Nicht alle haben beruflich mit der Materie zu tun und sind darauf angewiesen, fachgerechte Hilfe zu bekommen. Das beginnt mit der Umwidmung eines Gebietes auf städtischer Gemarkung in ein Wohngebiet. Diese formale Veränderung bringt zeitgleich eine erhebliche Wertsteigerung für den Eigentümer des Grundstücks; erfolgt dann eine Bauvoranfrage, hat die Stadt als Kommune auch ein Anrecht, von dieser Wertsteigerung einen bestimmten Teil abzuschöpfen. Es entstehen immerhin infrastrukturelle Veränderungen, die von der Allgemeinheit mitzutragen sind: Zugangsmöglichkeit zum Grundstück Anschluss von Versorgungsleitungen im öffentlichen Raum, Kindergarten-/Schulbedarf, verkehrstechnische Veränderungen, Beeinflussung der nachbarschaftlichen Angrenzer und umgekehrt.

Um verwaltungsrechtliche Sicherheit zu erlangen, sind juristische Schritte erforderlich, die auch nur von einem Juristen in seiner ganzen Tragweite erkennbar gestaltet werden können. Bei der Wertermittlung und daraus resultierenden Abschöpfung am Mehrwert sollte dies von einer neutralen Warte aus vorgenommen werden, um sich nicht dem Verdacht der Bestechung, Vorteilsgewährung oder der berühmten berüchtigten "Vetternwirtschaft" auszusetzen.

Wohnraum ist ein sehr begehrtes Objekt und muss auch für sozialschwache Personen geschaffen werden; dies ist auch Verpflichtung unserer Stadt.

Auf der anderen Seite gibt es Investoren, die gerne und viel bauen und auch damit ihren Unterhalt verdienen. Bei größeren Bauvorhaben gilt es daher, vorher sich über die einzelnen Modalitäten zu vereinbaren. Von der optimalen Ausnutzung eines Bauplatzes in den Regeln der Bauordnung bis zur gestalterischen Umsetzung gilt es Einvernehmen zu erzielen.

Ein weiterer Aspekt ist die städtebauliche Ausrichtung wie sich ein solches Vorhaben in die bisherige Umgebung einbindet, starke Veränderungen herbeiführt und das gesamte Wohnumfeld mindert oder aufwertet. Wohnqualität, Angrenzerbeeinträchtigung und Gesamteindruck stellen weitere Merkmale dar, die es zu berücksichtigen gilt.

Es ist deshalb folgerichtig, wenn Fachspezialisten dem Gremium zur Verfügung stehen, um vor unliebsamen Folgen größtmöglich geschützt zu sein. Schädlich in dieser Gesamtheit wirkt sich aus, wenn außerhalb dieses Gremiums Gemeinderat Signale gesetzt werden, die entscheidend solche zu treffenden Vereinbarungen beeinflussen oder stören.

Letzt endlich werden hier die Entscheidungen getroffen. Einige Örtlichkeiten weisen unsere Bürgerschaft darauf hin, dass Handlungsbedarf besteht.

Während durch Gemeinderatsbeschluss der ein oder andere Investor nicht bereit ist, einen solchen Konsens zu erzielen, bleibt er mit seinem Eigentum alleine; andre Investoren sind bereit, in Verhandlungen zu gehen - und die können zeitweise sehr umfangreich und zeitraubend sein, bis eine Verwirklichung und Umsetzung greift.

Abschließend danken wir den Bürgern und ehrenamtlich Tätigen, die sich aktiv in die Bürgerbeteiligung in jeglicher Form eingebracht haben. Wir bedanken uns bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung für ihr Engagement und die Arbeit im vergangenen Jahr, insbesondere beim Kämmerer Klaus Koch für die eingebrachten Haushaltssatzungsentwürfe der letzten Jahre.

Wir hoffen und wünschen uns eine verantwortungsbewusste Identifikation mit unserer Heimatstadt und das Schlagwort „Hemsbach macht Zukunft“ möge lange gelten.

Wir werden über den vorliegenden Haushaltssatzungsentwurf unterschiedlich abstimmen.

Zum Wasserversorgungsbetrieb der Stadt Hemsbach für 2021:

Mit Blick auf den Fünf-Jahreszeitraum wird der geplante Gewinn von 44.500 € zur Tilgung des Verlustvortrages verwendet. Die ordentliche Abschreibung beträgt 70.000 €. Geplant sind im investiven Bereich 100.000 € für Versorgungsleitungen und 10.000 € für die Verlegung von neuen Wasserhausanschlüssen. Auch hier ist eine Kreditaufnahme von 82.000 € für die ordentliche Schuldentilgung vorgesehen, weil auch hier die Abschreibung quasi fast diese Summe aufgefressen hat. Wir können dem Erfolgsplan und den Investitionsmaßnahmen uneingeschränkt zustimmen.“

StRin Ehret verlässt um 19:43 Uhr den Ratstisch und kehrt um 19:45 Uhr an diesen zurück.

StR Klefenz verlässt um 19:44 Uhr den Ratstisch und kehrt um 19:46 Uhr an diesen zurück.

StR Follo verlässt um 19:51 Uhr den Ratstisch und kehrt um 19:55 Uhr an diesen zurück.

StR Braun spricht im Namen der SPD:

„Die SPD-Gemeinderatsfraktion wird dem vorliegenden Entwurf des Haushaltplans für das Jahr 2021 zustimmen. In aller Kürze ein paar Anmerkungen dazu.

Das Jahr 2021 wird im Vollzug des Haushalts ein spannendes Jahr werden. Die realen Auswirkungen der Corona-Pandemie für Wirtschaft und Gesellschaft und mithin auch für unseren Haushalt sind derzeit verlässlich nicht abschätzbar. Der Haushaltsplan 2021 enthält viele Unwägbarkeiten, die Verwaltung braucht jedoch einen Handlungsrahmen. Von kommunaler Seite bleibt zu hoffen, dass Bund und Land mit Finanzhilfen zur Seite stehen werden. Das sehen wir seitens der SPD-Gemeinderatsfraktion natürlich am ehesten, wenn nicht durch eine rotgrüne, dann zumindest durch eine grün-rote Landesregierung gewährleistet. Für die SPD im Hemsbacher Gemeinderat ist es sehr erfreulich, dass auf unseren Antrag hin Mittel für die Planung bzw. planungsvorbereitenden Schritte für die Sanierung der Goetheschule in Höhe von 30.000 Euro eingestellt wurden.

Sehr zufrieden sind wir auch mit der Entscheidung, Geld in den Haushalt aufzunehmen, damit die Tür zur Schaffung eines barrierefreien Zugangs zum Hemsbacher Bahnhof offenbleibt.

Der Finanzhaushalt wird maßgeblich geprägt durch die Ausgaben für den Neubau der Hebelschule. Bleibt inständig zu hoffen, dass mit der Einweihung der neuen Hebelschule Anfang 2022, in einem Jahr also, auch tatsächlich wieder der Schulbetrieb uneingeschränkt möglich ist. Die Vielzahl weiterer in 2021 vorgesehener Maßnahmen können auf der Homepage der Stadt eingesehen werden. Das bringt mich zu einem weiteren Schwerpunkt des diesjährigen Haushalts, der Digitalisierung.

Auch wenn wir noch eine lange Wegstrecke vor uns haben, bei der Digitalisierung des Schulunterrichts an den Grund- und den weiterführenden Schulen und beim Angebot digitaler Dienstleistungen der Verwaltung haben sich Verbesserungen ergeben. Bei der Verwaltung wird hierfür eine neue Stelle geschaffen. Diese Stelle wird vom Land teilweise gefördert. Wir haben daher den Vorschlag der Verwaltung mitgetragen. Wir verbinden damit aber auch die Erwartung, dass die Schulen die notwendige Unterstützung bei der Betreuung der IT-Infrastruktur erhalten und wir alsbald das Konzept zur Fortführung der Digitalisierung von Verwaltungsleistungen und zum Ausbau durch Fibernet erhalten. Hier können und dürfen wir uns nicht auf dem Erreichten ausruhen. Im Gegenteil, es muss mit Nachdruck weiter daran gearbeitet werden.

Wir sind auch sehr damit einverstanden, dass für die Schulsozialarbeit eine halbe Stelle zusätzlich geschaffen wird. In diesem Bereich besteht, was Goethe- und Hebelschule in ihren Papieren sehr nachvollziehbar ausgeführt haben, ein dringender Handlungsbedarf. Dieser dringende Handlungsbedarf besteht aber auch außerschulisch. Wir bedauern daher, dass die Verwaltung von ihrer ursprünglichen Überlegung, das Personal des Jugendzentrums um eine bzw. eine halbe Stelle aufzustocken, abgerückt ist. Wir hätten das mitgetragen. Die weitere Entwicklung müssen wir, vor allem wegen Corona, sehr aufmerksam verfolgen.

Abschließend noch einige Sätze zum Thema Wiesensee. Der Grund für die sehr bedauerliche Zwistigkeit resultiert ja aus den Gemeindefinanzen. Verwaltung und Gemeinderat stehen vor der immer schwieriger werdenden Aufgabe, für einen ausgeglichenen Haushalt zu sorgen. Die Verwaltung hat daher für den Bereich des Freibads Wiesensee, auf der Grundlage eines Gutachtens einen Lösungsansatz erarbeitet. Diesen hat sie im nichtöffentlichen Teil der Gemeinderatssitzung am 19.10.2020 vorgestellt. Eine Entscheidung wurde nicht getroffen. Es blieben noch zu viele Fragen offen. Diesen Verfahrensweg mag man vielleicht als nicht besonders weise ansehen. Sehr ärgerlich ist es jedoch, wenn die Beratung aus dem Gemeinderat herausgetragen wird, um eine vorgefasste Meinung über die Presse in der Öffentlichkeit zu lancieren und mit dem Hinweis ich schreib's ja nicht, ich sag's ja bloß, die unsinnigsten Gerüchte zum Wiesensee zu verbreiten. Damit wird das vertrauensvolle Miteinander zwischen den Kolleginnen und Kollegen im Gemeinderat beschädigt und eine sachbezogene, verlässliche Arbeit, auf die Bürger*innen unserer Stadt einen Anspruch haben, erheblich erschwert. Eine Kritik an diesem Verhalten hat nichts mit der Einschränkung von Meinungsfreiheit zu tun – sondern dient alleine dem Einfordern von Respekt. Und ich wünsche mir sehr, dass wir uns den notwendigen respektvollen und fairen Umgang miteinander wieder gegenseitig gewähren.

Zu guter Letzt, möchte ich bei aller Zeitknappheit nicht versäumen, im Namen der SPD-GR-Fraktion Herrn Bürgermeister Jürgen Kirchner und seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, stellvertretend für alle seien an dieser Stelle Klaus Koch und Tobias Schork genannt, sehr herzlich für den vorgelegten Haushalt zu danken und dass sie uns souverän und kompetent durch die Sitzungen geleitet haben. Vielen Dank auch den Kolleginnen und Kollegen im Gemeinderat.

Die SPD-Gemeinderatsfraktion wird der Haushaltsatzung mit Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2021 und dem Wirtschaftsplan 2021 für den Wasserversorgungsbetrieb zustimmen.“

StRin Drissler trägt die Haushaltsrede im Namen der Pro Hemsbach-Fraktion vor:

„Der Gesamthaushalt weist ein negatives Gesamtergebnis von rd. 960 000 Euro aus. Der Schuldenstand steigt auf rd. 19 Mio. Euro, die Pro- Kopf-Verschuldung liegt dann bei 1.628 Euro. Der Neubau der Hebelschule und die damit verbundene Kreditaufnahme tragen zu dieser Erhöhung bei. Im Gegenzug dazu erhalten wir ein, den pädagogischen Anforderungen Rechnung tragendes Gebäude, energetisch, eklektisch und IT-technisch auf dem neusten Stand. Den Haushalt 2020 und 2021 mit seinen Kostenstellen finden wir nicht transparent und die dazu vorhandenen Erläuterungen nicht sachdienlich. Die Personalkosten sind ein erheblicher Faktor im Haushalt einer Stadt und sollten daher transparent und nachvollziehbar den jeweiligen Kostenstellen / Tätigkeiten zugeordnet sein. Abweichungen zum Vorjahr, seien sie positiv oder negativ, müssen dargestellt sein und erläutert werden. So wie die Sitzung des Verwaltungsausschusses am 07.12.2020 abgelaufen ist, ist sie unproduktiv. Unproduktiv deshalb, weil jedes GR Mitglied sein Augenmerk auf wenige Daten gerichtet hat. Dadurch kam es nicht zu einer fundierten Gesamtanalyse unserer wirtschaftlichen Lage. Das „Zahlenwerk“ wurde durchgepeitscht. Wir erwarten, dass das Gremium VA effektiver genutzt wird, um den Haushalt 2022 vorzubereiten. 2020 hat die Stadt Hemsbach das Finanzwesen von Kameralistik auf die kommunale Doppik umgestellt. In den Jahren 2020 und 2021 können wir die Abschreibung von rd. 2 Mio. Euro nicht erwirtschaften. Das heißt, dass der Haushalt mit einem Defizit abschließt. Sinkende Zuweisungen und Steueranteile, Pandemie bedingt, tragen dazu bei. Doch wenn man unseren Haushalt näher beleuchtet, dann hätten wir auch ohne Pandemie einen nicht ausgeglichenen Haushalt. Daher sehen wir uns alle in der Pflicht, Verwaltung und Gemeinderat, genau zu schauen, wo wir Einnahmen generieren können bzw. Ausgaben senken sollten. Zudem sollten wir alle Möglichkeiten ausschöpfen, um Fördermittel abzugreifen. Ja, wir sollten unsere Projekte auch abhängig von möglichen Zuschüssen priorisieren. Wir sagen, Projekte, die eine Förderung erhalten, sind vorrangig anzugehen. Die Verwaltung sollte auch stärker auf ihre eigenen Fähigkeiten und Kompetenzen setzen und nicht für jedes Projekt teure externe Berater / Ingenieurbüros hinzuzuziehen. Die Kompetenzen sind ja intern vorhanden und könnten für viele Planungen genutzt werden. Dies war in den vergangenen Jahrzehnten durchaus gängige Praxis. Über 1,2 Mio. Euro nur für Planungsunterstützung auszugeben, können wir uns einfach nicht mehr leisten. Übernehmen Sie mehr in Eigenengagement und Eigenverantwortung. So könnte z.B. das Sanierungskonzept für die Goetheschule oder für die HMH in Eigenregie erstellt werden oder auch die Planung des neuen Bauhofs. Wir sehen uns alle gefordert, das Haushaltsjahr 2021 dafür zu nutzen, um aktuell bezuschusste städtische Leistungen wie z.B. das Freibad Wiesensee, die Reinigung der Straßen, den Bereich Kunst & Kultur um nur einige zu nennen, einer detaillierten Kosten- und Einnahmeanalyse zu unterziehen. Dafür könnten wir den Verwaltungsausschuss regelmäßiger einberufen, sodass wir bis zum Spätjahr 2021 Ergebnisse und Vorschläge vorliegen haben. Fangen wir doch gleich mit dem Freibad Wiesensee an. Dazu reichen wir heute einen Antrag ein. Trotz aller Probleme, durchsinkende Zuweisungen und Steueranteile, sehen wir das Thema Klimaschutz und ökologische Erneuerung auf kommunaler Ebene, die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum, das Thema Bildung, sowie den Ausbau der Digitalisierung als wichtige Schwerpunkte für unsere Stadt. Wir stimmen der Haushaltssatzung – mit Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2021 zu, ebenso dem Wirtschaftsplan des Wasserversorgungsbetriebes für das Wirtschaftsjahr 2021.“

StR Embach schließt die Haushaltsreden ab und verliert die seiner GBL-Fraktion:

„Danke an die Verwaltung, besonders an unseren Kämmerer Herrn Koch und an den Doppik-Projektleiter Herrn Schork für die Unterstützung. Wir, die GBL sind froh, dass nicht nur wir, sondern auch die Verwaltung sich mit und an der Doppik intensiv abarbeitet. Auf die HH - Zahlen sind unsere Kollegen*innen schon genügend eingegangen. Entscheidend für uns ist aber, dass wir weit weg von einer schwarzen Null als Ergebnis sind. Und diese schwarze Null ist auch für zukünftige HH, ohne dass was geändert wird, nach unserer

Meinung, leider nicht erreichbar. Da wir uns im GR noch nicht auf Kürzungen von u.a. freiwillige Leistungen (siehe hierzu z.B. das Thema Wiesensee) zusammen einigen können, könnten wir uns ironisch vorstellen, pauschal x-Prozent des Verwaltungs-Personalbestands zu reduzieren und dadurch einfach mal den Fehlbetrag von 950.000 Euro auszugleichen. Der Buhmann wäre dann die Verwaltung, und wir der Rat, wäre fein aus dem Schneider. Die Konsequenz daraus könnte dann sein, dass es z.B. kein Bauamt oder andere Abteilungen mehr gäbe. Unsere Bürger/innen müssten diese bürgerfreundlichen Dienstleistungen in Weinheim, Heidelberg, oder anderswo in Anspruch nehmen. Aus mit einer Bürgerfreundlichen Stadt Hemsbach! Was wurde mit den Kürzungsanträgen der Fraktionen erreicht? Die Investition in die Giselherstraße im Bereich der neuen Hebelschule wurde gestrichen. Dabei hatte die CDU in der Vergangenheit immer am lautesten zu mehr Ausgaben im Straßenbau gepocht und von Investitionsstau gesprochen. Kürzungen im Kulturbereich aus Pandemie bedingten Gründen sind nur Momentaufnahmen. Wir brauchen aber unbedingt Kultur. Dies ist wichtig für unsere Bürger hier am Ort. Ok, auf die Kehrmaschine kann man verzichten. Es wurde schon von der Einführung einer Kehrwoche spekuliert. Aber was bleibt, sind bestehende Ausgaben, welche die letzten Jahre von unseren Bürgern*innen mit deren Einkommenssteuer ausgeglichen werden konnten. Wie z.B. Defizit beim Wiesensee, um bei diesem aktuellen Thema zu bleiben. Jetzt, leider durch die pandemiebedingten Weniger-Einnahmen, welche noch in 2020 eins zu eins von unserer Grün/Schwarzen Landesregierung ausgeglichen wurden, und jetzt durch die Doppik bedingten Abschreibungen, wird deutlich, dass wenn wir nicht an die freiwilligen Leistungen gehen, sich nichts ändern wird. Wir haben zwar noch den Rahmen von Gebührenanhebungen, aber das kann auch nur der Tropfen auf den heißen Stein sein. Alle, sowohl die Fraktionen, wie auch die betroffenen freiwilligen Leistungsempfänger, (Vereine, usw.) würden sicher nicht freiwillig auf Leistungen verzichten wollen. Also, Augen zu und durch kann dann doch nur die Devise sein, oder? Spätestens nach Prüfung der Kommunalaufsicht des Haushalts, wird sich zeigen, ob dieser HH genehmigungsfähig ist. Die Stadt ist kein Wirtschaftsunternehmen, die nicht Profit orientiert ist und buchhalterisch nicht mit der freien Wirtschaft vergleichbar. Sie hat andere, in erster Linie soziale Aufgaben und ist für ihre Bürger*innen da. Wir, die GBL, haben auch kein sofortiges Rezept, um die Situation zu entschärfen, wo große Einsparungen erreicht werden könnten. Ein Rundumschlag ist keine Lösung für unsere HH-Problematik. Und zu hoffen, dass sich unsere Wirtschaft wieder so erholt, wie vor der Pandemie, ist ein Wunschenken, damit lässt sich aber unseren HH nicht finanzieren. Damit unsere Verwaltung trotzdem im HH 2021 handlungsfähig bleibt, stimmen wir dem HH, (mit der Änderung,) zu. Ebenso stimmen wir dem Wirtschaftsplan des Eigenbetriebs Wasserversorgung zu.“

StRin Löffel verlässt um 20:11 Uhr den Ratstisch und kehrt um 20:14 Uhr an diesen zurück.

Bürgermeister Kirchner geht nach Vorstellung aller Haushaltsreden in die Beschlussfassung über.

Beschluss:

Beschlussfassung der Haushaltsatzung mit -plan für das Haushaltsjahr 2021 und des Wirtschaftsplanes des Wasserversorgungsbetriebes für das Wirtschaftsjahr 2021

Abstimmungsergebnis zu 3.1 // Haushaltssatzung mit -plan für 2021:

Mehrheitliche Zustimmung

Ja:	16	
Nein:	5	Schwöbel, Metz, Wiegand, Klefenz, Fink
Enthaltungen:	1	Rheinfrank

Abstimmungsergebnis zu 3.2 // Wirtschaftsplan des Wasserversorgungsbetriebs:

Einheitliche Zustimmung

Ja: 22
 Nein: 0
 Enthaltungen: 0

TOP 4)	Anschlussunterbringung von Flüchtlingen im Jahr 2021 Zuweisungsbescheid des Rhein-Neckar-Kreises gem. § 18 Flüchtlingsaufnahmegesetz	2021 008
---------------	---	-----------------

Zu diesem Tagesordnungspunkt gibt es keine Wortmeldungen.

TOP 5)	Bekanntgaben, Anfragen und Anregungen	
---------------	--	--

1. Maskenpflicht auf der alla hopp-Anlage

Bürgermeister Kirchner merkt an, dass auf der alla hopp-Anlage eine Maskenpflicht besteht, sofern ein Abstand von mindestens 1,5 Metern nicht eingehalten werden kann. Die Verwaltung bittet darum, die AHA-Regeln einzuhalten. Aufgrund des guten Wetters und den daraus resultierenden Menschenansammlungen auf der Freizeitanlage, werden verstärkt regelmäßige Kontrollen durchgeführt. Eine entsprechende Pressemitteilung wird veröffentlicht.

2. Beleuchtung Friedrichstraße

Bürgermeister Kirchner teilt mit, dass in der Friedrichstraße übergangsweise vier verschiedene Musterleuchten montiert wurden. Die Testergebnisse der Straßenbeleuchtung werden in eine der nächsten Sitzungen vorgestellt.

3. Unterlagen Waldbegehung

StR Schwöbel findet es sehr unglücklich, dass die Unterlagen zur Waldwirtschaft 2021 nichtöffentlich gestempelt wurden. Demnach könne eine Weitergabe von Informationen zum Wald und dessen Art der Bepflanzung nicht stattfinden.

Bürgermeister Kirchner hebt die Verschwiegenheitspflicht zum Hiebsplan 2021 sowie für den allgemeinforstlichen Teil des Forstwirtschaftsplans auf und stellt für diese Angelegenheiten die Öffentlichkeit her.

4. Müll im Wald

StR Klefenz stellt ein vermehrtes Müllaufkommen im Wald fest. Er selbst sammelt den Abfall während seinen regelmäßigen Joggingrunden ein. Das Entsorgen der Müllsäcke gestaltet sich jedoch durch die Menge sehr schwer. Er fragt nach der Möglichkeit, an frequentierten Waldplätzen „Müllablagestellen“ einzurichten und diese regelmäßig abzufahren. Bürgermeister Kirchner nimmt den Hinweis zur Kenntnis und lässt die Begebenheiten prüfen.

5. L3110

Bürgermeister Kirchner erklärt, dass mit derzeitigem Auskunftsstand, die Sanierungsarbeiten der L3110 im zweiten Halbjahr 2021 beginnen sollen.

6. Seeweg ist kein Radweg

StR Fink betont ausdrücklich, dass der Seeweg keinen Radweg darstellt, sondern lediglich für Fußgänger zugänglich ist. Radfahrer sind demnach dazu angehalten, diesen Weg zu meiden oder das Fahrrad zu schieben.

7. Zustand Bahnunterführung

StRin Sanchez bemängelt den Zustand der Bahnunterführung. Bei Regen tropft das Wasser von den Wänden und sammelt sich am Boden des Tunnels. Ebenso platzt allmählich der Putz an den Wänden ab. Sie selbst findet es immer wieder aufs Neue beängstigend die Unterführung zu durchqueren.

Herr Rößling teilt mit, dass nach Einschätzung der Deutschen Bahn die Unterführung in einem guten Zustand ist und kein Handlungsbedarf besteht.

8. Fibernet

StRin Drissler bittet die Verwaltung, einen Vertreter von Fibernet in die kommende März-Sitzung einzuladen. Der Gemeinderat benötigt dringend Antworten auf verschiedene Fragen sowie Informationen zum Sachstand des Breitbandausbaus.

9. Lärmpegel durch die Autobahn

StRin Drissler geht auf einen Zeitungsartikel aus den Weinheimer Nachrichten ein. In diesem wird über die Lärmbeeinträchtigungen durch die A5 in Schriesheim berichtet. Sie stellt fest, dass auch in Hemsbach ein relativ hoher Emissionspegel erreicht wird. Die immense Lautstärke entsteht aufgrund der vor Jahren durchgeführten Fahrbahnerneuerung der Autobahnstrecke in Hemsbach. Sie bittet darum, dass sich die Bürgermeister der umliegenden Gemeinden kurzschließen, um sich gemeinsam für den Lärmschutz an der A5 einzusetzen.

Bürgermeister Kirchner informiert, dass sich sowohl Schriesheim als auch Hemsbach für einen Lärmschutz entlang der A5 einsetzt. Es wurde bereits der Kontakt zum Regierungspräsidium aufgenommen. Es sei umstritten, dass der Autobahnlärm durch die Straßenbelagserneuerung zugenommen hat und demnach Hemsbach ein erhöhtes Lärmaufkommen erfährt. Mit Herrn Höfer, Bürgermeister von Schriesheim, hält er Rücksprache und weiterhin den Kontakt.

Zur Beurkundung:

Vorsitzender: _____

Schriftführer/in: _____

Urkundsperson: _____

Urkundsperson: _____